

„Sowohl der Konzentrierungsprozess der Medienindustrie als auch die Biotop-Medien sind zwei bedenkliche Prozesse für die Meinungsfreiheit“



*Interview mit Arnd Henze,
stellvertretender Auslandschef beim WDR,
zu Menschenrechten in den Medien*

von Vera Hölscher

In Deutschland herrscht volle Presse- und Medienfreiheit. Aber nun gibt es auch gegenüber der seriösen Presse und den öffentlich-rechtlichen Medien Vorwürfe zunehmend negativer Tendenzen zu sensationalistischer Berichterstattung im Stil von Boulevardjournalismus, auch bei Menschenrechtsthemen.

Eine sensationalistische Aufbereitung von Menschenrechtsthemen sehe ich nur in Ausnahmefällen. Vielmehr sehe ich die Gefahr, dass es diese Themen immer schwerer haben, ihren notwendigen Raum in der öffentlichen und damit medialen Wahrnehmung zu finden. Es gibt eine Tendenz, sich von solch wirklich wichtigen Fragen also gar nicht mehr behelligen lassen. Umso wichtiger sind Sendungen wie der „Weltspiegel“, die da sehr konsequent nachhaken.

**„Je mächtiger ein Medium ist,
desto wichtiger ist es,
dass niemand diesem Medium
schutzlos ausgeliefert ist.“**

Was den Boulevard Journalismus angeht, sehe ich zwei Fragen: Ich bin für eine sehr weitgehende Auslegung von Pressefreiheit. Es ist nicht die Aufgabe des Staates, über seriösen oder trashigen Journalismus zu entscheiden. Die Grenze liegt natürlich da, wo durch Medienberichte die Menschenwürde und die Persönlichkeitsrechte von Menschen ganz massiv verletzt werden. Und je mächtiger ein Medium ist, desto wichtiger ist es, dass niemand diesem Medium schutzlos ausgeliefert ist. Und da darf der Promi, der sich einen teuren Anwalt leistet, nicht besser geschützt sein, als die Hartz-4-Empfängerin, die als „Sozialschmarotzerin“ an den Pranger gestellt wird.

Aber unterhalb dieser offensichtlichen Verletzungen der Menschenwürde muss die Pressefreiheit unbedingt gelten – und das bedeutet auch die Verantwortung der Presse, mit dieser Freiheit sorgfältig umzugehen.

Wie sehen Sie die Monopolisierung der Medien mit Blick auf die Meinungsfreiheit?

Hier gibt es zwei konkurrierende Trends: Einerseits findet in der Medienindustrie weltweit ein massiver Konzentrationsprozess statt, der natürlich die Meinungspluralität gefährdet. Es

gibt in vielen Ländern, vor allem in den USA, schon heute ein massives Sterben von regionalen Tageszeitungen.

Auf der anderen Seite entwickelt sich eine zunehmende Fragmentierung von Medien und damit auch von Öffentlichkeiten. Durch die technischen Errungenschaften der Digitalisierung, dem Internet oder neuen Satellitenwegen, ist der Zugang zu medialer Kommunikation so viel einfacher und billiger geworden, dass sich immer mehr kleine Gruppen ihre eigenen Medien schaffen. Damit verbunden ist auf der einen Seite eine enorm positive Demokratisierung von Öffentlichkeit, die vor allem im Menschenrechtsbereich sehr wertvoll ist. Auf der anderen Seite bilden sich aber auch zunehmend Biotop-Medien: kleine Gruppen, die sich ideologisch oder religiös einig sind oder sich auf ein singuläres Thema konzentrieren, kommunizieren über Medien, in denen nur noch „Informationen“ kursieren, die dieses Verbindende bestätigen. Wenn diese vielen Biotop-Öffentlichkeiten nicht mehr miteinander in den gesellschaftlichen Austausch treten, ist das für eine pluralistische Gesellschaft genauso problematisch wie der Konzentrationsprozess von oben. Von zwei Seiten laufen da also zwar gegenläufige, aber bedenkliche Prozesse.

Welche Folgen hat die beschleunigte Berichterstattung durch die Digitalisierung für die Nachhaltigkeit der Arbeit der Medien?

Die Beschleunigung ist ein Phänomen, das wir schon seit einigen Jahren beobachten können. Die Halbwertszeit von Informationen wird immer kürzer und die Chancen, im aktuellen Tagesgeschäft wirklich gründlich zu recherchieren, werden immer geringer. Gerade darin aber liegt eine besondere Herausforderung solcher Medien wie den öffentlich-rechtlichen Sendern.

Kommerzielle Sender setzen allein auf die Aktualität und sind allein dem Ziel verpflichtet, kurzlebige Erwartungen der Werbekunden und Konsumenten zu befriedigen. Das genaue Hingucken, das Nachfragen, das Dranbleiben - das ist etwas, was Ressourcen, redaktionelle Aufmerksamkeit und eine andere Sachkenntnis als die des rasenden Reporters braucht. Wenn dieses „Dranbleiben“ durch die Beschleunigung in den anderen Medien immer weniger wird, müssen seriöse Medien, wenn etwas passiert, zwar auch sofort da sein und aus dem Stand berichten können. Öffentlich-Rechtliche Sender und anspruchsvolle Zeitungen müssen aber sofort auch die Weichen stellen für eine nachhaltige Berichterstattung. Auf viele Fragen gibt es in einer Krise erst nach Wochen oder Monaten die Antworten. Vieles erscheint erst dann im Kontext verständlich oder in einem klareren Licht. Dieser zweite Blick braucht genau so viel Aufmerksamkeit und die notwendigen Ressourcen, wenn die Aktualität sich längst wieder anderen Ereignissen widmet.

Ein aktueller Fall ist Israels Angriff auf den Hilfskonvoi für den Gaza-Streifen: Für ein paar Tage war dieses Ereignis in den weltweiten Schlagzeilen. Aber es wird Zeit brauchen, die Stücke aus dem Puzzle zusammen zu setzen und nach und nach zu erfahren, was da wirklich passiert ist.

**„Bleibe in Deutschland
auch nur ein Mediengigant über,
wie Berlusconi in Italien,
dann wäre das für die Demokratie hochgefährlich.“**

Wie unabhängig sind Medien von wirtschaftlichen Machthabern, die auch für Menschenrechtsverletzungen verantwortlich sind?

Mit besagtem Konzentrationsprozess laufen wir schon Gefahr, dass bestimmte Monopole ihre Medien im Zusammenhang mit politischen Interessen nutzen. Es ist offensichtlich, dass Berlusconi sein Medienimperium brutalstmöglich einsetzt, um seine Machtinteressen zu verfolgen. Ebenso versucht Rupert Murdoch immer wieder, mit seinem konservativen Weltbild die Politik der USA mitzugestalten. In vielen anderen Ländern ist dies ebenso der Fall.

In Deutschland haben wir zumindest noch so etwas wie eine „Balance of Power“ von konkurrierenden Medien-Gruppen: Es gibt die RTL/Bertelsmann- und die ProSiebenSat.1-Gruppe im kommerziellen Bereich und zudem noch die öffentlich-rechtlichen Sender, die weiter ein starkes Gewicht haben. Auch im Printbereich haben wir zahlreiche etablierte und seriöse Zeitschriften und Tageszeitungen. Oft ist es deshalb so, dass, wenn sich ein Unternehmen auf eine bestimmte Linie verlegt, ein anderes den Kontrapunkt setzt. Diese Pluralität müssen wir sehr sorgfältig verteidigen.

Bleibe in Deutschland auch nur ein Mediengigant über, wie Berlusconi in Italien, dann wäre das für die Demokratie hochgefährlich.

Inwiefern ist es heute noch möglich, in Anbetracht des wirtschaftlichen und des zeitlichen Drucks vernünftig zu recherchieren und zu berichten? Welche Rolle spielt hierbei der investigative Journalismus?

Dann, wenn die Menschen wirklich Fragen haben und sie komplexe Dinge nicht mehr verstehen, honorieren sie jede Anstrengung, durch gute Recherche aufzuklären. Das gilt im Zusammenhang der Wirtschaftskrise, der Ölpest im Golf von Mexiko, das gilt bei der Frage, ob der Atomkonflikt im Iran in den nächsten Monaten weiter eskaliert – hier wollen die Zuschauer oder Zeitungsleser keine einfachen, schnellen Antworten. Hier verlangen sie nach jemandem, der sich mit aller Professionalität daran macht, diese Komplexität verständlich zu machen und das Gefühl von Hilflosigkeit und Ohnmacht zu überwinden. Dabei spielt der investigative Journalismus eine ganz herausgehobene Rolle.

„Mit diesem Wissen um die Begrenztheit der eigenen Wahrnehmung entstehen dann auch die richtigen Fragen und Wachsamkeit gegenüber Klischees und Vorurteilen.“

Inwieweit kann man von einer Abhängigkeit von Leitkulturen und Klischees bei der Berichterstattung sprechen?

Es gibt den nordamerikanischen Terminus „bias“, welcher ein „Drinstecken“ in einem soziokulturellen Lebensgefühl und Miterleben beschreibt. Es ist sehr wichtig, sich klar zu machen, in welcher Kontextualität ein Journalist schreibt - das gilt auch für innergesellschaftliche Themen. Schreibt jemand, der in einer Doppelhaushälfte wohnt, über Themen in sozialen Brennpunkten, dann tut er dies als ein Außenstehender. Jemand, der dort groß geworden ist und dort lebt, hätte eine andere „bias“, würde das Lebensgefühl anders transportieren.

Dasselbe gilt für die Berichterstattung über internationale Vorgänge. Das abzustreiten, wäre falsch. Viel wichtiger ist es für Journalisten, sich über die eigenen Vorprägungen und somit auch die Fremdheit gegenüber manchen Themen klar zu werden. Mit diesem Wissen um die Begrenztheit der eigenen Wahrnehmung entstehen dann auch die richtigen Fragen und Wachsamkeit gegenüber Klischees und Vorurteilen.

Wie schätzen Sie die Überheblichkeit der westlichen Medien gegenüber anderen Kulturen ein?

Natürlich gibt es eine westliche Arroganz und Ignoranz. Aber manchmal ist es auch gar nicht Überheblichkeit. Vielmehr kann das Motiv auch Fremdheit sein, der Versuch, ein Vorwissen – welches natürlich auch von Vorurteilen geprägt sein kann – als Maske zu benutzen. Das wird jeder machen. Die Aufgabe von Journalisten ist, sich davon nicht blockieren, sondern sich irritieren und überraschen zu lassen. Ein Journalist, der bei einer Recherche nichts dazu lernt, wird auch dem Zuschauer nichts Spannendes vermitteln.

**„Jede Begrifflichkeit bedeutet ein Stück Bewertung:
Ist jemand ein Freiheitskämpfer?
Ein Rebell? Ein Terrorist?
Ein islamistischer Terrorist? Oder ein nationalistischer?“**

Wie bewerten Sie begriffliche Unterscheidungen wie bspw. guter/schlechter Terrorist, würdiges/unwürdiges Opfer?

Es braucht einen ideologiekritischen Umgang mit der Sprache und eine hohe Wachsamkeit der Reporter, sich keine Begrifflichkeiten aufdrängen zu lassen, die dieses Freund/Feind- und Böse/Gut-Denken verstärken. Jede Begrifflichkeit bedeutet ein Stück Bewertung: Ist jemand ein Freiheitskämpfer? Ein Rebell? Ein Terrorist? Ein islamistischer Terrorist? Oder ein nationalistischer? Da wir um die Verwendung solcher Begriffe nicht herum kommen, müssen wir uns als Journalisten fragen, welche Konnotationen wir auslösen und ob wir deren begleitende Bewertungen, die wir als Journalisten eigentlich nicht zu treffen haben, übernehmen wollen. Hier kommen auch die Menschenrechte als Maßstab ins Spiel - bei der Frage nach Täter und Opfer: es gibt keine gute und keine schlechte Gewalt. Im ersten Tschetschenien-Krieg in den 1990er Jahren haben wir bspw. darauf geachtet, keine Berichterstattung im Sinne von "David gegen Goliath" zu führen und so eine eindimensionale Sympathie für die „Kleinen“, die Tschetschenen zu erwecken. Dafür haben wir ideologische Begriffe wie das „Selbstbestimmungsrecht der Völker“ oder „Freiheitskämpfer“ konsequent vermieden und stattdessen eine klare Opfer-Perspektive eingenommen: die brutale Gewalt der russischen Armee war so wenig zu rechtfertigen wie die Gewalt der „Rebellen“ oder „Aufständischen“ – und auch das waren schon Begrifflichkeiten, über deren Begrenztheit wir uns immer klar waren.

Umgekehrt ging es beim zweiten Tschetschenien-Krieg nach 2001 darum, die Tschetschenen nicht pauschal als Terroristen darzustellen und Putins Krieg im Kaukasus nicht mit Bushs Kampf gegen Al-Qaida zu vergleichen und so als Kampf gegen den „Terror“ gelten zu lassen.

